

Embo

27

3

Beschluss- (Resolutions-) Antrag

der GemeinderätInnen Peter Florianschütz, Christian Oxonitsch und GenossInnen (SPÖ),
David Ellensohn, Mag^a. Faika El-Nagashi und FreundInnen (GRÜNE)

betreffend den Kampf gegen Antisemitismus,

eingbracht zu Post 104 in der Sitzung des Wiener Gemeinderates am 15.12.2017

In den letzten Tagen kam es in Europa zu Manifestationen, bei denen antisemitistische Äußerungen getätigt wurden. Bei der Kundgebung „Jerusalem Hauptstadt Palästinas“, die am 8. Dezember 2017 in Wien stattgefunden hat war dies der Fall.

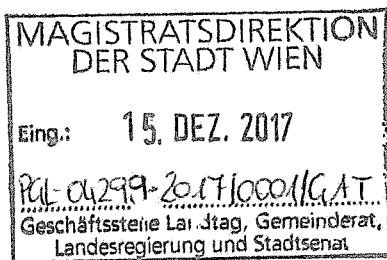
Diese Vorfälle reihen sich in eine große Anzahl antisemitischer Vorfälle, die im Wesentlichen eines gemeinsam haben: die Diskriminierung, Verächtlichmachung und Bedrohung von Jüdinnen und Juden in Wien. Aussagen wie der Ruf nach der Vernichtung des Staates Israels, die Drohung mit dem Tod und wie in den Medien dokumentiert der Ruf „Schlachtet die Juden“, sind in unserer Stadt unter keinen Umständen hinzunehmen. Der Wiener Gemeinderat wird dem konsequent entgegen wirken.

Insgesamt haben Veranstaltungen dieser Art keinen Platz in unserer Stadt.

Wir bekennen uns zur Meinungsfreiheit und sind auch jederzeit bereit diese zu verteidigen. Diese Vorfälle haben aber damit nichts zu tun, sondern nützen unsere Freiheit dazu aus, andere Menschen zu bedrohen und zu verunsichern. Damit richten sie sich gegen ein friedliches Zusammenleben in Wien.

Die Verletzung von Grundrechten von Menschen unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit, ist ein Missbrauch genau dieser und muss auf das Schärfste bekämpft werden.

Der Wiener Gemeinderat hat sich mit der „Wiener Erklärung zur Bekämpfung des Antisemitismus“ und der Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Antisemitismus als ExpertInnengremium ein wirkungsvolles Mittel gegen solche Untriebe geschaffen. Wir werden nicht hinnehmen, dass offenbar bei jeder sich bietenden Gelegenheit offen gegen Jüdinnen und Juden, jüdische Institutionen, oder Veranstaltungen gehetzt wird, oder dass der Staat Israel delegitimiert, dämonisiert und diffamiert wird.



Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Wiener Gemeinderat betont neuerlich sein Bekenntnis zum Kampf gegen Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen. Der Wiener Gemeinderat begrüßt daher, dass die Arbeitsgruppe gegen Antisemitismus sich zu ihrem nächsten Termin Anfang 2018 treffen wird. Bei diesem Treffen wird auch über Geschehnisse der letzten Zeit informiert und beraten werden.

Dabei soll es auch um konkrete Maßnahmen sowohl der Stadt Wien, der Sicherheitsbehörden und der Justiz gehen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 15.12.2017

Wagner-Stein Plunz
67 Justiz AA